

durch**blick**

Sozialdemokratische Zeitung für Leimen

Ihre SPD-Kandidaten



sozial, bürgernah, unabhängig

Kommunalwahlen
in Leimen
am 13. Juni 2004

SPD



Peter Sandner

1

Dr. Peter Sandner
Panoramastraße 20b

62 Jahre, verheiratet, zwei Söhne,
Dipl.-Physiker, Leiter des Rechenzentrums
der Universität Heidelberg.

Seit 1971 in Leimen wohnend, seit 1979 im
Vorstand des SPD-Ortsvereins, gegenwärtig
stellvertretender Vorsitzender.
Gemeinderat seit 1989, Fraktionssprecher
seit 2002, Schwerpunkt: Haushalt und
Finanzen.

Wofür ich mich einsetze: Soziale Gerechtigkeit,
auch in unserer Kommunalpolitik. Und
als Grundlage dafür: Eine solide Finanzpolitik
und eine effiziente Verwaltung.



Alfons Duczek

2

Alfons Duczek
Wilhelm Haug Straße 23

54 Jahre, verheiratet, zwei Kinder,
Lehrer GHS, Spiel-/Theaterpädagoge.

Ich kandidiere als unabhängiger Kandidat
auf der SPD-Liste, weil ich davon überzeugt
bin, dass mehr Bürgerbeteiligung an den
Entscheidungsprozessen eine Voraussetzung
dafür ist, auf Probleme angemessen zu
reagieren und sinnvolle Lösungen zu finden.
Meine Schwerpunkte sind die Jugend- und
Sozialpolitik, besonders die Integration
verschiedener kultureller und sozialer
Gruppierungen.

Vorwort

Liebe Wählerinnen

am 13. Juni stellen sich in den Kommunen Baden-Württembergs Frauen und Männer zur Wahl für die Gemeinderäte und Kreistage. Damit ist die Chance gegeben, die Zusammensetzung derjenigen Gremien neu zu bestimmen, die einen beträchtlichen Teil unseres täglichen Lebens politisch regeln. Anders als bei Wahlen auf Länder- oder Bundesebene schenkt man hier sein Vertrauen öfters Personen, die man kennt und sie aus dieser Kenntnis heraus für geeignet hält, ein öffentliches Amt zu bekleiden. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat in Leimen, St. Ilgen und Gauangelloch bei der Suche und Auswahl ihrer Kandidaten und Kandidatinnen einmal mehr bewiesen, daß sie einen großen Kreis von engagierten Menschen aufbieten kann, deren politische Integrität und persönliche Anerkennung außer Zweifel steht. Sie alle verfügen nicht nur über Sachkenntnis in kommunalen Angelegenheiten, sondern auch über die nötige Portion Leidenschaft, mit der sie sich für die Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger einsetzen wollen.

Die SPD setzt auf Offenheit in der Sache, Ehrlichkeit im Umgang, und den demokratischen Streit um den richtigen Weg. Wer uns wählt, wählt nicht den vorauseilenden Gehorsam, sondern die kritische Auseinandersetzung. Wir stehen nicht für betretenes Schweigen und vollendete Tatsachen, wir stehen für frühzeitige Information aller Bürgerinnen und Bürger und die Anerkennung unterschiedlicher Interessen. „Mehr Demokratie wagen!“ - das alte Wort Willy Brandts hat nichts von seiner Gültigkeit verloren.

Wir begrüßen es, dass jetzt alle Bürger unserer Stadt die Möglichkeit haben, in der Agenda 21 mitzuarbeiten und in vielen Bereichen ihre Vorstellungen und Ideen einzubringen und in öffentlicher Sitzung dem Gemeinderat zur Umsetzung vorzuschlagen. Wir begrüßen es, dass mit OB Wolfgang Ernst ein Mann an der Spitze der Verwaltung steht, der die praktizierte Bürgernähe der Mitarbeiter fördert, die früher übliche Rotation auf das unumgängliche Maß reduziert und damit unsere Vorstellung von einer modernen effizienten Verwaltung in wichtigen Teilen verwirklicht hat.

und Wähler,

Unserem Wahlprogramm können Sie entnehmen, daß wir nicht alles anders, aber vieles besser machen wollen. Alle Kandidatinnen und Kandidaten haben an unserem Programm mitgearbeitet und ihre Vorschläge eingebracht. Das Resultat kann sich sehen lassen. Wir treten für kommunalpolitische Reformen ein, die sich am Gemeinwohl orientieren - ein Begriff, den die SPD hier in Leimen mit Leben füllen will, nachdem sich unsere politische Konkurrenz von ihm verabschiedet hat. Umwelt und Verkehr müssen gemeinsam gedacht und geplant werden, nur so ist dem Verkehrsinfarkt vorzubeugen. „Kinder, Jugend, Frauen, Senioren, Ausländer“ - es ist unserer Meinung nach bedauerlich und bezeichnend, daß diese sozialen Gruppen nach gesonderten Sachbereichen behandelt werden. Die SPD tut es vorläufig auch, aber nicht, weil wir den biographischen Ausnahmezustand in diesen Gruppen sehen, sondern sie durch gezielte Maßnahmen dorthin bringen wollen, wo sie hingehören: in die Mitte der Gesellschaft.

Auch im Bereich Haushalt und Finanzen setzen wir andere Schwerpunkte. Nicht alles planen, sondern einzelne Posten nutzenorientiert planen und verwirklichen, so lautet unser Credo, wobei auch hier die langfristige Finanzierbarkeit gewährleistet sein muß.

Aber lesen Sie selbst und machen Sie sich ein Bild von uns und unseren Zielen. Kommen Sie zu uns und reden Sie mit uns über Ihre eigenen Vorstellungen - wir freuen uns darauf. Und denken Sie daran: Wählen zu gehen ist eine demokratische Pflicht. Tun Sie's!

Hartwig Wätjen

Hartwig Wätjen
Vorsitzender SPD Leimen

Karl-Heinz Wagner

Karl-Heinz Wagner
Vorsitzender SPD St. Ilgen



Annette Weißbecher

3

Annette Weißbecher
Talstraße 7

48 Jahre, Diplompädagogin, Erzieherin,
Fachabteilungsleiterin einer Fachschule
für Sozialpädagogik.

Themenschwerpunkte: Kinder-
Jugend- und Sozialpolitik, Schulwesen,
Verbesserung der Bildungs- und
Betreuungsmöglichkeiten für die
Kinder und Jugendlichen
Aktives Mitglied im Verein für Selbst-
hilfprojekte in Äthiopien, Mannheim;
Hobbys: Lesen, Tiere, Fotografieren
Ich bin der Meinung, dass der Anteil
der Frauen in der Politik wesentlich
erhöht werden sollte, daher kandidiere
ich für den Gemeinderat.



Wolfgang Krauth

4

Wolfgang Krauth
Troppauer Weg 6

42 Jahre, Kommunalbeamter beim
Amt für Soziale Angelegenheiten und
Altenarbeit der Stadt Heidelberg.

Ehrenamtliches: Gemeinderat (seit
1994), evang. Kirchengemeinderat,
stellv. Bezirkssynodaler, Mitgliederver-
sammlung Sozialstation, Heimfürspre-
cher im Seniorenzentrum, Kassierer im
SPD OV Leimen. Mitgliedschaften u.
a. bei Alzheimergesellschaft, Aidshilfe
HD, LSVD, Naturfreunde Leimen, Öku-
menische Arbeitsgemeinschaft HuK.
Familäres: Eingetragene Lebenspart-
nerschaft seit August 2001.



Matthias Schrupf

5

Dr. Matthias Schrupf
Hirtenwiesenstraße 28

42 Jahre, ledig,
wissenschaftlicher Mitarbeiter.

Hobbys: Lesen, Mountainbiking, Politik, Kino.

Als Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger möchte ich einen direkten Draht zu Gemeinderat und Stadtverwaltung herstellen. Dabei ist es mir ein besonderes Anliegen das Freizeitangebot für Familien, Jugendliche und Kinder zu verbessern. Einen Schwerpunkt sehe ich hierbei in der Wiedereröffnung unseres Freibades.



Elke Krell

6

Elke Krell
Hirtenwiesenstraße 3

62 Jahre, gebürtige Leimenerin,
3 erwachsene Kinder, 2 Enkelkinder,
Rentnerin.

Seit 1989 Mitglied der SPD,
45 Jahre Mitglied der KuSG Leimen,
Abteilung Basketball.

Mein besonderes Interesse gilt der
Sozial- und Frauenpolitik.

Ihre SPD-Kandidaten:
Wofür sie eintreten - was sie wollen.

Soziale

Agenda-Prozess und Bürgerschaftliches Engagement

Die nachhaltige Sicherung einer lebenswerten Zukunft hängt auch und besonders von einer Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in unseren Städten ab. Das gilt um so mehr in Zeiten knapper Kassen. In Leimen gibt es schon seit vielen Jahren solches Engagement in vielen Vereinen, die wichtig sind für ein gesellschaftliches Zusammenleben.

Verhältnismäßig jung ist hingegen noch bürgerschaftliches Engagement, das spontan entsteht und nicht längerfristig angelegt, sondern oftmals nur auf bestimmte Projekte bezogen ist. Das Bürgerkontaktbüro versucht hier zu initiieren, zu animieren, zu kanalisieren und weiter zu vermitteln.

Die Arbeit des Bürgerkontaktbüros und mit ihm bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfeeinrichtungen in unserer Stadt bedürfen der Förderung im Austausch mit den beteiligten Bürgerinnen und Bürgern. Dies ist eine der wichtigsten Aufgaben für die kommenden Jahre.

Unter Berücksichtigung des bürgerschaftlichen Engagements und verstärkter Kooperation mit Nachbargemeinden - und im Hinblick auf die bescheidenen finanziellen Rahmenbedingungen in der nahen Zukunft - sehen wir dennoch für die kommenden fünf Jahre besonderen Handlungsbedarf in folgenden Bereichen:

Soziale Beratung

Das explosionsartige Wachstum unserer Stadt in den vergangenen beiden Jahrzehnten hat nicht nur positive Seiten. Insbesondere Leimen-Mitte und St. Ilgen sind nicht mehr die beschaulichen Dörfer, die sie vor wenigen Jahrzehnten noch waren. Mit dem Anwachsen der Einwohnerzahl haben sich auch soziale Probleme vervielfacht, die immer augenfälliger werden und nicht mehr länger zu ignorieren sind.

Vorhanden ist ein hoher Bedarf an sozialer Beratung vor allem in den Bereichen Schuldnerberatung, psychosoziale Beratung (bei Alkohol-, Medikamenten-, Drogen- u. a. Abhängigkeiten), Ehe- und Familienberatung, Erziehungsberatung. Es ist kein guter Zustand, dass Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, die Hilfe brauchen, nach Heidelberg, Wiesloch oder anderswo ausweichen müssen.

Ihre SPD-Kandidaten:
Wofür sie eintreten - was sie wollen.

Verantwortung

Sozialberatung ist eine Investition in die Zukunft und beugt zukünftigen höheren Ausgaben zur Schadensbehebung vor. Zu erarbeiten ist ein umfassendes Sozialberatungskonzept in Zusammenarbeit mit den Freien Trägern (AWO, Caritas, Diakonie, DRK, IB, etc.) den und an einer Kooperation interessierten Nachbargemeinden.

Kinder, Jugendliche, Familien

Ihnen gelten oft nur schöne Fensterreden, aber auch konkrete Maßnahmen sind nötig.

Nach den Investitionen des Bundes im Bildungsbereich müssen auch in Leimen weitere Taten folgen:

- Bedarfsgerechter Ausbau oder Umgestaltung der flexiblen Betreuungsangebote und Betreuungszeiten für Kinder aller Altersgruppen - ggf. in Kooperation mit örtlichen Betrieben
- Verstärkte Sprachförderung für Kinder in Kindergärten und Schulen
- Dauerhafte Absicherung der Jugendsozialarbeit an den Leimener Hauptschulen
- Ausbau - nicht Kürzung - der offenen, aufsuchenden Jugendarbeit in allen Stadtteilen (insbesondere an sozialen Brennpunkten, die wir durch Ignorieren nicht verdrängen können). Auch offene Jugendarbeit ist Prävention!
- Schaffung nichtkommerzieller Treffpunkte für Jugendliche
- Wiedereinrichtung eines Jugendgemeinderats mit fachkundiger Begleitung
- Bündelung der Vereinszuschüsse zur Stärkung der Jugendarbeit in den Vereinen
- Kinder- und menschenfreundliche Stadtplanung Ö
 - o Ausbau von Spielstraßen und Fußgängerbereichen in den Ortskernen der Stadtteile und in reinen Wohngebieten
 - o Schaffung und Erhaltung eines attraktiven, bedarfsgerechten Spielplatzangebots (z. B. Bau eines weiteren Abenteuerspielplatzes)
 - o Erhalt natürlicher Spielflächen und Grünzonen
 - o Planung sicherer Schulwege
 - o Berücksichtigung der Belange von Kindern und Familien bei den Planungen zur Umgestaltung/Neuschaffung von Hallen- und Freibad

Jan Henkel



7

Jan Henkel
Oskar Trinks Straße 2

24 Jahre, geboren in Heidelberg,
Student.

Grund- und Realschule in Leimen von
1986 bis 1996,
Abitur in Heidelberg 1999.

Zivildienst bei der Mobilen Senioren
und Behindertenbetreuung.

Ab 2000 Studium an der Universität
Heidelberg Politik und Volkswirtschaftslehre

Hobbys: Lesen, Sport

Hartwig Wätjen



8

Hartwig Wätjen
Nußlocher Straße 20

57 Jahre, eheähnliche Gemeinschaft
mit Ursula Meincke,
Dipl.-Ing. bei HeidelbergCement
zuständig für Patente und Marken.

Seit 25 Jahren in Leimen, aktiv im SPD-
Ortsverein, seit 2001 dessen Vorsitzender.
Langjährige Betriebsratsarbeit bei HeidelbergCement, Mitglied im
Bezirksvorstand Nordbaden der IG
BAU, Richter am Landesarbeitsgericht.
Vorstandsmitglied der Naturfreunde,
aktiv im ev. Kirchenchor und der Liedertafel,
Mitglied der AWO Leimen.



Constance Scherer-Mussel

9

Constance Scherer-Mussel
Wölfelweg 2

54 Jahre, geboren in Leimen, zwei erwachsene Kinder, Aushilftätigkeit in Buchhandlung und Bücherei.

Mein Motto:
"Politik ist die Kunst des Möglichen"
(Otto von Bismarck)



Günter Jundt

10

Günter Jundt
Marktgasse 5

53 Jahre, verheiratet, 2 Kinder, selbständiger Apotheker.

Schule in Leimen und Heidelberg, Abitur 1971, Pharmaziestudium, Approbation als Apotheker 1978, Fachapotheker für Offizin-Pharmazie 1993. 1980 Übernahme der (groß-)elterlichen Rathaus-Apotheke, 1984 Eröffnung der Apotheke in der Marktgasse. Seit 1971 Mitglied in der SPD. Seit 1980 Gemeinderat; stellvertretender Bürgermeister 1993 und 1994 und seit 1999. Seit 1989 auch Kreisrat.

Ihre SPD-Kandidaten:
Wofür sie eintreten - was sie wollen.

Senioren

Die demografische Entwicklung belegt, dass der Anteil älterer Menschen immer größer werden wird. Darauf müssen wir uns auch in Leimen einstellen.

Wichtig in den kommenden Jahren sind:

- Förderung der Selbsthilfe von Seniorinnen und Senioren
- Einrichtung bzw. Förderung von Seniorenbegegnungsmöglichkeiten in allen Stadtteilen
- Stärkung der Informations-, Anlauf- und Vermittlungsstelle bei der Stadtverwaltung
- Förderung des Besuchsdienstkreises des Bürgerkontaktbüros
- Verstärkte Beteiligung des Seniorenbeirats an Entscheidungen des Gemeinderats für ältere Menschen
- Förderung des Baus altengerechter Wohnungen in den Stadtteilen, nicht an deren Rand- oder Gewerbegebieten
- Stärkung der ambulanten Pflege und bei Bedarf Einrichtung einer Tagespflege in der Stadt

Menschen mit Behinderungen

Das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen 2003 war in Leimen kein zentrales Thema, aber auch die Anzahl behinderter Menschen ist - dank medizinischer Fortschritte und einer alternden Bevölkerung - im Ansteigen. Notwendig sind daher:

- Förderung der Selbsthilfe von Menschen mit Behinderungen
- Sicherstellung von Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und aller öffentlicher Einrichtungen bei allen Planungen der Stadt (z. B. Neugestaltung Freibad) mit Beteiligung Betroffener.
- Förderung integrativer Betreuungsmodelle an Schulen und Kindergärten für behinderte und nichtbehinderte Kinder und Jugendliche

Spätaussiedler/Zuwanderer

In Leimen hat eine große Zahl an Spätaussiedlern eine neue Heimat gefunden. Gerade den jüngeren unter ihnen fällt die Eingliederung in der neuen Heimat nicht leicht. Bund und Land ziehen sich aus der Integrationsarbeit immer mehr zurück. Das Aussiedlerwohnheim soll zum Jahresende geschlossen werden. Dann wird sich evt. auch der Rhein-Neckar-Kreis aus der sozialen Arbeit verabschieden. Viele Aussiedler haben aber eine Wohnung in unserer Stadt gefunden und werden auf Dauer hier bleiben.

Ihre SPD-Kandidaten:
Wofür sie eintreten - was sie wollen.

Wir fordern daher:

- Erarbeitung eines stadtweiten Integrations- und Betreuungskonzepts für die Zeit nach Schließung des Aussiedlerwohnheims in der Fasanerie. Dabei ist der Kreis auch zukünftig nicht aus seiner Mitverantwortung für die Soziale Betreuung zu entlassen. Das bisherige Betreuungsniveau darf nicht unterschritten, sondern sollte gerade im Jugendbereich verbessert werden.
- Verstärkung der Hilfe zur Selbsthilfe im Bereich der Spätaussiedler
- Unbefristete Weiterbeschäftigung der Brückenlehrerin an der Geschwister-Scholl-Schule, St. Ilgen
- Verstärkung des Sprachkursangebots
- Maßnahmen zur Vermeidung von Ghettobildung
- Zusätzliche Unterstützung von Vereinen und Organisationen, die bei der Integration von Zuwanderern mitwirken

Kooperation mit Nachbargemeinden

Zukunftsperspektiven für die Gemeinden im Süden von Heidelberg bieten in verstärktem Maße die Zusammenarbeit und die Schaffung/Förderung gemeinsamer Angebote auch im sozialen Bereich. Nicht jede Gemeinde muss das Rad neu erfinden!

Mögliche Ansatzpunkte könnten sein:

- Gemeinsame Abenteuerspielplätze
- Koordination der Angebote in der Jugendarbeit
- Schaffung einer gemeinsamen Jugendsozialarbeit oder eines Streetworker-Teams
- Gemeinsames Ferienprogramm
- Sozialberatung, Hospizarbeit, Freiwilligenzentrale etc.
- Gemeinsame Altenhilfefachberatung oder IAV-Stelle
- Gemeindeübergreifende Freizeitangebote
- Kriminalitätsprävention



Alexander Daagi

11

Alexander Daagi
Egerlandweg 11

19 Jahre, in Leimen aufgewachsen, Finanzwirt.

Mitglied im Vorstand des SPD-Ortsvereins Leimen, Mitglied des Jugendparlamentes 2003 im Deutschen Bundestag.

Ich möchte im Gemeinderat nach neuen Lösungen zur Bewältigung der Schuldenlast suchen.



Ursula Meincke

12

Ursula Meincke
Nußlocher Straße 20

65 Jahre, zwei erwachsene Kinder, eheähnlicher Gemeinschaft mit Hartwig Wätjen, Rentnerin, Altenpflege- und Krankenpflege-Helferin.

Seit 1990 in Leimen ansässig und aktiv im SPD-Ortsverein, als SPD-Vorstandsmitglied zuständig für die Seniorenarbeit und Geburtstagsbesuche. Mitglied bei TV Naturfreunde Leimen und ÖTV, jetzt Ver-di. Aktiv im ev. Kirchenchor Leimen und ev. Frauenkreis mittlere Generation, Passives Mitglied in der Liedertafel.



Handl
13

Heinz Handl
Im Pfennert 1

56 Jahre, verheiratet, 2 Söhne,
Postbeamter beim Frachtpostzentrum
in Speyer, dort Arbeitsschutzbeauf-
tragter der Abteilung Verkehr.

Mitglied im Vorstand des SPD-Ortsver-
eins Leimen.
Interessengebiete meiner zukünftigen
Gemeinderatsarbeit wären Stadtent-
wicklung, Jugend- und Sozialarbeit.



Lange
14

Horst Lange
Königsberger Straße 19

60 Jahre, evangelisch, verheiratet seit
1970, zwei Kinder.

Beruf: Fernmeldetechniker bei der Bun-
desbahn.
Status: Ruhestandsbeamter,
technischer Bundesbahnbetriebsin-
spektor a. D.
Vereinszugehörigkeit: Liedertafel
Leimen, AWO Leimen, Verein der
Schnitzfreunde Leimen.

Ihre SPD-Kandidaten:
Wofür sie eintreten - was sie wollen.

Kultur, Sport

Die ehrenamtliche Tätigkeit in Vereinen erhält in unserer auf persönliche Selbstentfaltung und Eigeninteressen ausgerichteten Gesellschaft einen immer geringeren Stellenwert; es wird für Vereine schwieriger, Mitglieder zu finden, die sich ehrenamtlich engagieren. Hier gilt es gegenzusteuern.

Kulturelle Aktivitäten geraten immer mehr unter den Druck, nach rein kommerziellen und finanziellen Maßstäben beurteilt zu werden. Angesichts dieser Tendenzen ist im Bildungs- und Kulturbereich Handlungsbedarf dringend geboten.

Für uns Sozialdemokraten ist Kooperation eine zentrale Antwort auf die Zukunftsfragen, die sich unseren Gemeinden stellen. Die Krise der öffentlichen Haushalte ist dabei ein bedeutender Faktor. Er zwingt uns letztlich zur Zusammenarbeit, auch wenn wir völlig unterschiedlich oder auch gar nicht von ihr betroffen sind. Denn wenn Ober- und Mittelzentren ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen können, trifft dies auch die Umlandgemeinden.

Wofür wir uns einsetzen wollen:

- Die Vereine erfüllen wichtige soziale Funktionen. Vom Kind bis zum Ruheständler, ob Hobbykünstler oder Leistungssportler, alle finden in Vereinen mit sozialen Aufgaben, in Kultur-, Musik- und Gesangsvereinen und Sportvereinen ein vielseitiges Angebot für soziales Engagement, für künstlerische und sportliche Betätigung. Ohne ehrenamtliche Mitarbeit von Funktionsträgern und Helfern sind diese Vereine aber nicht lebensfähig. Das Ehrenamt bedarf der besonderen Anerkennung und Förderung - auch durch die Stadt.
- Sozialaufgaben, Kultur und Sport sind finanziell von den Vereinen allein nur schwierig zu tragen. Daher muss die Stadt einspringen und durch das VZP und die Bereitstellung von geeigneten Räumen und Sportstätten Hilfe leisten - zumindest Hilfe zur Selbsthilfe.
- Für Kinder und Jugendliche ist die künstlerische sportliche Betätigung ein wichtiger Ausgleich für Computer und Fernsehen. Fairness, Toleranz und Teamarbeit werden gefördert. Das VZP sollte daher Bereich bevorzugt auf eine Jugendförderung umgestellt werden. Allerdings muss auch weiterhin ein angemessener Anteil der finanziellen Förderung der Jugend auch in die städtische offene Jugendarbeit fließen, da die Jugendarbeit von Vereinen bei weitem nicht alle Jugendlichen erreicht.
- Im sportlichen Bereich kann das VZP fast voll auf reine Jugendförderung umgestellt werden. Hierbei ist den Sportvereinen eine vernünftige Übergangsfrist einzuräumen, in der sie sich

Ihre SPD-Kandidaten:
Wofür sie eintreten - was sie wollen.

und Vereine

auf das neue Förderungssystem einstellen können.

- Im sozialen und kulturellen Bereich ist allerdings zusätzlich auch eine von der Jugendarbeit unabhängige Förderung im VZP notwendig. Allerdings muss auch hier verstärkt das Prinzip der nachrangigen Förderung gelten, d.h. die Vereine müssen ihre Kosten zunächst durch Mitgliedsbeiträge, Eintrittsgelder und Sponsoren bestreiten. Erst danach kommt eine städtische Förderung in Betracht, die auch in Relation zu anderen Geldquellen stehen muss.
- Die städtische Jugendbetreuung ist in allen Ortsteilen sicherzustellen und an sozialen Brennpunkten auszubauen. Neben sportlichen Aktivitäten sollen auch hier verstärkt künstlerische und musische Aktivitäten gefördert werden.
- Stadtbücherei, Musikschule und Volkshochschule bieten der am Kulturleben interessierten Bevölkerung ein abwechslungsreiches und für die Größe Leimens angemessenes Programm. Allerdings ist die Organisationsform in Form eines Vereins für diese drei Einrichtungen zu überprüfen. Insbesondere sollte geprüft werden, ob es nicht sinnvoll ist, die VHS, Musikschule und Stadtbücherei in den städtischen Haushalt zurückzuführen. Nur so kann sichergestellt werden, dass über alle wesentlichen Punkte dieser Einrichtungen (Einnahmen und Ausgaben, Auslastung und Kostenanteile von Nutzern und Zuschussgebern) öffentlich - und nicht im geschlossenen Zirkel eines Vereinsvorstandes - beraten und beschlossen wird.
- Alternativ ist der Zusammenschluss der VHS und der Musikschule mit anderen ähnlichen Einrichtungen in unserer Region zu prüfen. In enger Zusammenarbeit mit benachbarten Musikschulen könnte y.B. die Talentförderung verbessert und ausgebaut werden.
- Auswärtige und lokale Theatergruppen, Kabarets und musikalische Darbietungen von lokalen Vereinen und auswärtigen Künstlern bereichern das Kulturleben. Für sie sind Räume und Geldmittel bereit zu stellen. Hierbei sollte auch die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen in unserer Region genutzt werden. Koordination und Abstimmung von Theater-, Kleinkunst-, Musik-Aufführungen und Ausstellungen in unserer Region. Hierbei kann die Zusammenarbeit von einer gemeinsamen Organisation für kulturelle Ereignisse (z.B. gemeinsame Vertragsverhandlungen und Vertragsabschlüsse mit Theater- oder Konzertagenturen) über rollierende Aufführungsstätten (eine Reihe von Theater- oder Musikaufführungen an verschiedenen Orten) bis hin zu gemeinsamen Abonnements reichen.



Nägele
15

Reiner Nägele
Am Fuchsberg 24

46 Jahre, verheiratet, 3 Kinder
staatl. geprüfter Bautechniker für
Hoch- und Tiefbau, beschäftigt bei der
Stadt Heidelberg.

Mitglied der KuSG und ÖTV.
Gemeinderat 1998 - 1999.
Seit meiner Kindheit kann ich die Ent-
wicklung Leimener Strukturen und Tra-
ditionen verfolgen. Ich möchte, das
sich die Kinder in unserer Stadt heute
genauso wohl und sicher fühlen wie
wir "damals".



Balzer
16

Brigitte Balzer
Hans Thoma Straße 14

58 Jahre, verheiratet, Hausfrau

Gemeinderätin seit 1981, kaufmänni-
sche Ausbildung, langjährig als Flori-
stin und am Postschalter tätig.

"Gemeinderatspolitik ist direkte, hautnahe
Tätigkeit vor Ort, um Visionen zu Taten
werden zu lassen."



Karl-Heinz Wagner

17

Karl-Heinz Wagner
Comeniusstraße 47

59 Jahre, verheiratet, 3 Kinder, Notar. Schulbesuch in Hannover, 1964 Abitur, Jurastudium, 1973 zweites Staatsexamen, Richter und Staatsanwalt in Mannheim, ab 1979 Notar in Wiesloch, seit 1999 Vorstand des Notariats in Philippsburg. Vorsitzender des SPD-Ortsvereins St. Ilgen, stellvertretender Vorsitzender des TV Germania St. Ilgen Gemeinderat 1998-1999 und seit 2002, engagiert in Fragen der Kultur-, Schul- und Vereinspolitik. Hobbys: Joggen, Skilanglauf, Schwimmen und Radfahren.



Dietrich Unverfehrt

18

Dietrich Unverfehrt
Anton Bruckner Straße 8

46 Jahre, verheiratet, 3 Kinder, Jurist.

Stellvertretender Vorsitzender des SPD-Ortsvereins St. Ilgen, Ortsbeirat St. Ilgen, Mitglied bei ver.di, AWO St. Ilgen, Freunde der Geschwister-Scholl-Schule, Sänger im Gospelchor der Liedertafel Leimen. Ein Einkaufen in St. Ilgen muss weiterhin möglich sein, eine drohende Ortskernverödung soll durch Aufwertung der innerörtlichen Anlagen abgewendet werden. Da die kommunalen Mittel hierfür begrenzt sind, ist Eigeninitiative gefragt und gilt es zu unterstützen.

Ihre SPD-Kandidaten:
Wofür sie eintreten - was sie wollen.

Stadtentwicklung,

Die Bevölkerungszahl der Gemeinde Leimen hat sich in den letzten 25 Jahren verdoppelt, die Bebauung hat die Gemarkungsgrenzen erreicht und der Verkehr verstopft unsere Straßen. Kinderspielplätze befinden sich in einem desolaten Zustand, in städtische Gebäude regnet es rein und die Kassen sind leer.

Schlechte Vorbedingungen für eine positive Stadtentwicklung?

Wir werden den Kopf nicht in den Sand stecken. Leimen muss alle Möglichkeiten ausschöpfen, das Beste aus sich herauszuholen, um in der Konkurrenz mit den Nachbargemeinden überhaupt eine Zukunft zu haben und um für den Bürger eine attraktive und lebenswerte Gemeinde zu sein.

Stadtentwicklung in Leimen Mitte

Der Neubau der L600, die hoffentlich irgendwann mal offene Bgm.-Lingg-Straße und die Anbindung des Stralsunder Ringes an die B3 werden besonders das Ortszentrum zwischen Rathaus- und Bärenortplatz stark entlasten.

Wir wollen:

- * die Stadtkernsanierung beende und eine Stadtkernentwicklung einleiten, die auf das Historische und Gewachsene eingeht
- * den Schwerpunkt der Stadtentwicklung auf die Achse Rathausplatz-Bärenortplatz lenken und hierbei Kurpfalz-Centrum mit Georgimarkt verbinden
- * den Umbau der Rathausstraße, des Rathausplatzes und Teile des Bärenortplatzes zu einer Fußgängerzone
- * einen Wochenmarkt am Samstag vor dem Rathaus zur Belebung der Innenstadt
- * den Erhalt und Schutz von vorhandenen Ensembles z.B. dem Ziegelgraben
- * die Privatisierung städtischer Immobilien unter Erhalt der vorhandenen Bausubstanz, um einen weiteren Verfall zu verhindern
- * die Ansiedlung von Dienstleistung im Ortskern
- * den Erhalt der Stadtverwaltung und der Grund- und Hauptschule im Ortszentrum
- * ein Jugendzentrum in zentraler Lage
- * bei Neubauten eine maßvolle und nicht zu massive Bebauung

Leimen braucht eine Stadtentwicklung jenseits der Investorenarchitektur

Ihre SPD-Kandidaten:
Wofür sie eintreten - was sie wollen.

Umwelt und Verkehr

Stadtentwicklung in St. Ilgen

St. Ilgen's Probleme der Nahversorgung werden nicht leicht beseitigt werden können, denn schließlich entscheidet der Kunde, wo er einkaufen geht.

Wir wollen:

- * alle Anstrengungen unternehmen für St. Ilgen eine Verbesserung der Nahversorgung zu erreichen
- * einen Ausbau des Willy-Brandt-Platzes

Ortsentwicklung in Gauangeloch und Ochsenbach

Auch wenn die Windenergie in Gauangeloch nicht gewinnbringend betrieben werden kann (offizielles Ergebnis der Standortvoruntersuchung), wird uns die Puste nicht ausgehen, um uns für Gauangeloch einzusetzen.

Wir wollen:

- * die Qualität die ein Dorf mit sich bringt erhalten und stärken
- * das Ortsbild von Gauangeloch und Ochsenbach erhalten
- * eine maßvolle, der Umgebung angepasste Bebauung
- * keine weiteren Baugebiete (weder Weidenklinge noch Giggelsberg)
- * verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Hauptstraße und auf den Schulwegen

Lasst uns nicht die Fehler der vergangenen 20 Jahre weiter bauen

Freizeit und Erholung

Wir wollen:

- * das reichhaltige Freizeitangebot erhalten und fördern
- * die Qualität der Sportanlagen verbessern
- * die gute Infrastruktur am 'Sportpark' in Leimen erhalten und ihn als Leimens Sportzentrum ausbauen
- * die Förderung eines Schwimmbades mit einem privaten Betreiber
- * eine Skateanlage oder ein Jugendspielplatz im Bereich des Sportparks
- * die Naherholung in Natur und Landschaft durch ein gutes Wegenetz verbessern
- * Ruhebänke an Aussichtspunkten und Spazierwegen
- * gepflegte und funktionsfähige Spielplätze im gesamten Stadtgebiet



Marliese Kübler

19

Marliese Kübler
Im Schußgarten 2

58 Jahre, verheiratet, drei Kinder Hausfrau

Seit 31 Jahren aktives Mitglied der SPD Mitglied im Ortsteilbeirat

Hobbys: Musik Hören, Lesen, Reisen, Kegeln



Hans-Peter Siefert

20

Hans-Peter Siefert
Karl Gehrig Weg 2

48 Jhre, verheiratet, ein Kind Dipl.-Verwaltungsbetriebswirt.

Schulbesuch in St. Ilgen, Leimen und Heidelberg, Fachhochschulreife, Zeitsoldat beim NATO-Hauptquartier in Heidelberg, Ausbildung im gehobenen nichttechnischen Dienst. Seit 1990 in der Betriebsüberwachung im Rangierbahnhof Mannheim als Disponent und Notfallmanager. Vereine: Karnevalverein Frösche, FC Badenia, Schützenverein, Versehrten-sportverein, Tennisclub Kurpfalz. Hobbys: Sport und Reisen



Reinhold Gröger
Lenastraße 7

51 Jahre, verheiratet, 1 Kind,
Betriebswirt, selbständiger Reisebüro-
kaufmann.

Seit 15 Jahren aktives Mitglied der SPD,
stellvertretender Vorsitzender des Orts-
vereins St. Ilgen. Darüber hinaus bin ich
Mitglied im BdS und in vielen örtlichen
Vereinen.



Nicole Kübler
Im Schußgarten 2

22 Jahre, Erzieherin

Mittlere Reife 2000, danach Ausbil-
dung zur Erzieherin.

Seit März 2001 Mitglied in der SPD.
Ich möchte mich hauptsächlich für
Kinder und Jugendliche in Leimen ein-
setzen.

Hobbys: Musik Hören, Lesen, Kegeln

Ihre SPD-Kandidaten:
Wofür sie eintreten - was sie wollen.

Verkehr

Leimen-Mitte erstickt fast am Individualverkehr, so kann es
nicht weitergehen..

Wir wollen:

- * die Bus- und Bahnverbindungen in ihren Qualitäten erhalten
und nach Möglichkeit verbessern
- * den Ausbau der Parkplätze am Bahnhof St. Ilgen zu einem Lei-
stungsfähigen P+R Parkplatz und damit die Attraktivität der
S-Bahn weiter steigern
- * den Ausbau der Fahrradstellplätze in unmittelbarer Umgebung
des Bahnhofs St. Ilgen
- * die Verbesserung und den Ausbau der Bus- und Straßenbahn-
haltestelle am Kurpfalz-Centrum
- * einen regelmäßigen Busverkehr von Gauangelloch nach Bam-
mental
- * die Verkehrslenkung in Leimen verbessern
- * sukzessive Erneuerung des bestehenden Straßennetzes
- * den Ausbau der Fuß- und Radwege quer durch die Gemeinde
und die Verbindung aller wichtigen Zentren untereinander
- * den Ausbau des Fuß- und Radwege bevorzugt getrennt zum
motorisierten Verkehr
- * einen durchgängigen Radweg von der Fasanerie zur Realschule

Schulwege müssen sicherer werden

Natur und Landschaft

Zuviel ist schon verloren gegangen, um weiter zu machen wie
bisher.

Wir wollen:

- * keine weiter Bebauung unserer letzten Freiflächen und Natur-
räume
- * den Schutz der Heltenklinge vor weiterer massiver Bebauung
- * den Erhalt von Grünzügen und Grünflächen im Stadtgebiet
(Ziegelgraben, Riedwiesen)
- * einen grünen Ring von der Tinquex-Allee über die Kleingärten
bis zu den Riedwiesen
- * Initiativen auch rechtlicher Art zum Schutz und der Förderung
des Charakters der Bergstraße, der Hardtebene und des
Kraichgaus als Natur- und Erholungsraum
- * Maßnahmen unterstützen, die dem Erhalt der Streuobstwie-
sen entlang der Bergstraße, rund um Lingental, Gauangelloch
und Ochsenbach dienen

Auch Leimen braucht Luft zum Atmen

Ihre SPD-Kandidaten:
Wofür sie eintreten - was sie wollen.

Haushalt und Personal

Haushalt

In der Stadt sind folgende Haushalte eingerichtet:

- Allgemeiner Haushalt
- Haushalt für Wasser, Abwasser und Technischer Betrieb
- Haushalt VSM - Volkshochschule, Stadtbücherei, Musikschule
- Haushalt Städt. Wohnungsbaugesellschaft

Hier gelten die Prinzipien Offenheit - Verlässlichkeit - Machbar-
keit - soziale Ausgewogenheit

Offenheit

In allen Haushalten sind Einnahmen und Ausgaben sachlich
richtig, korrekt zugeordnet und überprüfbar darzustellen. Alle
Haushalte werden rechtzeitig in den Gemeinderat eingebracht,
verabschiedet, nach Ablauf des Kalenderjahres festgestellt, vom
Rechnungsprüfungsamt - RPA - der Stadt geprüft und vom
Gemeinderat genehmigt.

Es ist erfreulich, dass die Verwaltung unter OB Wolfgang Ernst
diese Vorschriften beachtet und tatsächlich umsetzt.

Zur Offenheit gehört auch die offene Ausweisung aller Subven-
tionen. Verzichtet die Stadt - aus guten Gründen - zur Förderung
von Jugend, Kultur, Sport etc. für ihre Leistungen ganz oder
teilweise auf ein Entgelt, so ist dieser Verzicht im Haushalt aus-
zuweisen.

Verlässlichkeit

Steuern und Zuweisungen sind so vorsichtig und mit Risikoab-
schlägen einzuschätzen, dass sie eine verlässliche Grundlage
für die Finanzplanung bilden. Nachtragshaushalte aufgrund von
Fehleinschätzungen - in der Vergangenheit wegen zu optimisti-
scher Schätzung der Gewerbesteuer die Regel - sind zu vermei-
den. Die Gewerbesteuer bewegt sich jetzt auf einem niedrigen,
aber relativ stabilen Niveau und kann verlässlicher als in der
Vergangenheit eingeplant werden.

Die Aufnahme von Krediten - ausgenommen Kassenkredite - ist
auf Zukunftsinvestitionen zu beschränken. Kredite sind planmä-
ßig zu tilgen.



Paul Pazdzior
Kurfürstenallee 58

60 Jahre, verheiratet, 3 Kinder
Fahrlehrer und Stabsfeldwebel a.D.

Seit 21 Jahren in Leimen, seit 7 Jahren in
der Fasanerie wohnhaft. Mitglied der SPD
seit 15 Jahren. Im Leimener OV Vorsitzender
und Vorstandsmitglied, jetzt Mitglied im
OV St. Ilgen.

Mein besonderes Interesse gilt der Stadt-
planung und -entwicklung, dem sozialen
Wohnungsbau und der Einrichtung eines
zentralen Jugendhauses.



Martin Mohring
Richard-Wagner-Straße 14

30 Jahre, ledig, Student.

Abitur 1993, Zivildienst in der Wohn-
stätte für Behinderte in Sandhausen,
Studium der Informatik.

Durch meinen Vater erlebte ich die
Kommunalpolitik hautnah von Kindes-
beinen an. Daher kandidiere ich für
den Gemeinderat, um mich auch aktiv
in die Belange unserer Stadt einzubrin-
gen.



Florian Buchholz

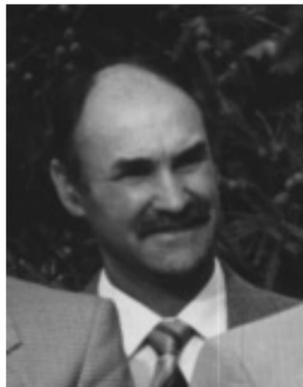
25

Florian Buchholz
Schillerstraße 13

25 Jahre, Student an der pädagogischen Hochschule Karlsruhe mit den Fächern Deutsch und Geschichte.

Hobbys: Unterwasserrugby und Radsport.

Mein Hauptanliegen ist eine verbesserte Integration ausländischer und zugezogener Mitbürger. Als zukünftiger Lehrer befürworte ich ein verbessertes Freizeitangebot, außerdem Gewaltprävention an Schulen



Roland Kübler

26

Roland Kübler
Richard-Wagner-Straße 10

66 Jahre, verheiratet, zwei Kinder, Rentner

KFZ-Handwerker, selbständiger Fahrlehrer und Bediensteter bei der Stadt.

Mitglied im Musikverein und Motorsportclub St. Ilgen im ADAC.

Ihre SPD-Kandidaten:
Wofür sie eintreten - was sie wollen.

Machbarkeit

In den Jahren 2000 bis 2002 konnte die Stadt wegen des dramatischen Rückgangs der Gewerbesteuer keine neuen Rücklagen bilden und musste für die Deckung der Ausgaben im Verwaltungshaushalt auch Einnahmen im Vermögenshaushalt verwenden - sog. „umgekehrte Zuführung“. Es zeichnet sich ab, dass dieser Trend aufgrund einer strengen Haushaltsdisziplin in allen Bereichen gebremst werden konnte. Für 2003 wird jetzt im Ergebnis eine „positive Zuführung“ erwartet.

Angesichts der allgemeinen Haushaltsrisiken müssen auch künftig Einnahmen und Ausgaben ständig auf dem Prüfstand bleiben und die Begehrlichkeiten einzelner Ressorts und Organisationen einer besonders kritischen Kontrolle unterzogen werden. Etappenziel bleibt eine dauerhafte „schwarze Null“ bei den Zuführungen und in guten Jahren eine Stärkung der Rücklagen.

Bei Investitionen gilt: Erhaltung hat Vorrang vor der Erneuerung und diese Vorrang vor einem Neubau.

Soziale Ausgewogenheit

Nur wer insgesamt sparsam und wirtschaftlich verwaltet, schafft Freiräume für die Förderung einzelner Bereiche aus sozialen Gründen. Dabei sind klare Prioritäten zu setzen. Bei den Gebühren für Dienstleistungen der Stadt ist eine Kostendeckung anzustreben.

Davon ausgenommen sind Einrichtungen, die sich der Kinder-, Jugend- Familien- und Seniorenförderung und der Wohlfahrtspflege widmen. Dies gilt bei Kindergarten, Musikschule, Hallenbad und für Vereine, die diese Aufgaben fördern. Verfügbare Haushaltsmittel sind in erster Linie für die Jugendarbeit in Vereinen, die Integrationsarbeit in Vereinen und Organisationen, „Basket“, Drogenberatung etc. zu verwenden.

Die Einrichtung einer Ganztageshauptschule in St. Ilgen ist aus Gründen der Integration und Herstellung von Chancengleichheit der Schüler vorrangig zu realisieren. Die für den Betrieb einer Ganztagesesschule erforderlichen Bauinvestitionen werden zu 90 % vom Bund gefördert, 10 % verbleiben der Gemeinde.

Personalfragen

Seit dem Amtsantritt von OB Ernst kann eine Reduzierung der allgemeinen Personalkosten festgestellt werden. Andererseits wurden überfällige Besoldungsänderungen - die unter der Ägide von OB Ehrbar aus den verschiedensten Gründen unterblieben - nachgeholt.

Ihre SPD-Kandidaten:
Wofür sie eintreten - was sie wollen.

Die technischen Betriebe, VHS und Musikschule haben Personal abgebaut. Durch Wiederbesetzungssperren und Stellenzusammenlegungen wurde inzwischen ein zwar noch nicht ganz akzeptables Kostenniveau erreicht, aber die Verwaltung ist auf dem richtigen Weg.

Wir sind gegen die geplante Verlängerung der Arbeitszeit auf 41 Stunden pro Woche, weil der erwünschte Spareffekt durch eine Demotivation der Mitarbeiter in das Gegenteil umschlägt.

Bei der Ausbildung bleibt die Stadt in der Pflicht. Öffentlichen Arbeitgeber dürfen sich nicht aus der Verantwortung für die Zukunft der jungen Generation stellen.

Kommunale Verwaltung

In unserem Wahlprogramm von 1999 hatten wir in unserer Verwaltung folgende vier Ziele als notwendig erachtet und konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der Forderungen aufgezeigt:
Für unsere kommunalen Selbstverwaltung benötigen wir
– eine höhere Beteiligung der BürgerInnen an kommunalen Entscheidungen und
– eine effizientere Arbeit in den kommunalen Selbstverwaltungsgremien.
In unserer Stadtverwaltung brauchen wir
– das Steuerungsinstrument der dezentralen Ressourcenverantwortung und
– das Führungsinstrument der Leistungsanreize.

Zwar hat sich die Verwaltung unserer Stadt unter der Ägide des neuen OB Wolfgang Ernst in der letzten Wahlperiode auf den Weg gemacht, diese Ziele zu erreichen und auch auf einigen Gebieten gute Fortschritte erzielt, doch liegen noch viele Aufgaben zur Umsetzung unserer damaligen Forderungen vor uns.

Die Umwandlung der Verwaltung von einer Behörde in ein modernes Dienstleistungsunternehmen muss weiter daher fortschreiten. Wichtig ist ein Qualitätsmanagement, d.h. ein verlässliche Zusage der Verwaltung an die BürgerInnen hinsichtlich der Standards der von ihr erbrachten Dienstleistungen. Hierzu zählen einmal die verbindliche Dokumentation aller Verwaltungsprozesse und dann die ständige Überwachung dieser Prozesse hinsichtlich ihrer Effektivität und Effizienz. Dies gilt nicht nur für externe Prozesse, die für die Bürger und Bürgerinnen direkt sichtbar sind, sondern auch für alle internen Prozesse,



27

Dr. Bernd Heilig
Kurpfalzstraße 19

56 Jahre, in Heidelberg geboren und der hiesigen Region bis heute verbunden geblieben.

Nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre sowie wissenschaftlichen Tätigkeiten seit über 10 Jahren als Dozent für Wirtschaftswissenschaften an diversen Hochschulen tätig. Durch meine beiden Kinder seit Jahren in der Elternarbeit, z.B. als Elternbeiratsvorsitzenden am Gymnasium Sandhausen.

Gerade im kommunalen Bereich sollte der Mitbürger als Mensch im Mittelpunkt stehen.



Joachim Buchholz

28

Joachim Buchholz
Pestalozistraße 19

52 Jahre, verheiratet, 2 Kinder Technischer Angestellter im DKFZ, dort zuständig für Gefahrgut, Kreislauf-Sondermüll- und Recycling-Wirtschaft. Seit 34 Jahren Mitglied bei Ver.di, seit 27 Jahren Mitglied der AWO. Trotz angespannter Haushaltslage der Stadt dürfen die sozialen Belange nicht auf der Strecke bleiben.

Mein Schwerpunkt in der Gemeinde-ratsarbeit; Durch Umstrukturierung im Haushalt Familien-, Sport-, kulturelle Vereinsarbeit und Seniorenarbeit nicht nur weiterhin zu ermöglichen, sondern noch auszubauen.



Laszlo Rajki
29

Laszlo Rajki
Feilgasse 24

60 Jahre, verheiratet, 2 Kinder,
Dipl.-Volkswirt, Dipl.-Bauingenieur
beschäftigt bei den Stadtwerken
Heidelberg.

Seit 1965 in Leimen wohnhaft,
Gemeinderat.

Als Bauingenieur engagiere ich mich
für alle Fragen der Stadtplanung,
Stadtentwicklung, Verkehrsberuhi-
gung und den Umweltschutz.

**Ihre SPD-Kandidaten:
Wofür sie eintreten - was sie wollen.**

die nur die Verwaltung selbst bzw. die Gremien der Selbst-
verwaltung betreffen. Die Verwaltung muss mit der Überwa-
chung auch eine ständige Verbesserung dieser Prozesse anstre-
ben. Die Qualitätsvorgaben und die Überwachungsergebnisse
für externe Prozesse sollten schrittweise auch öffentlich doku-
mentiert werden - auch hierfür bietet sich in erster Linie eine
Offenlegung im Internet an.

Das E-Government muss auch in unserer Stadt vorangetrieben
werden; der Einsatz moderner Medien darf sich nicht nur auf die
internen Verwaltungsvorgänge beschränken, sondern muss auf
die Schnittstelle zwischen Bürgern und Verwaltung ausgedehnt
werden (z.B. elektronische Anfragen und Anträge).

Dass die Bürgernähe durch den Einsatz neuer Medien beträcht-
lich gesteigert werden kann, zeigt uns das Beispiel anderer
Städte, in denen vielfach Anfragen und Anträge elektronisch
eingereicht werden können. Die Vernetzung mit anderen Kom-
munen unter dem Gesichtspunkt des Lernens von den Besseren
oder gar Besten („Best Practice“) und die regionale Kooperation
ist sowohl für das Qualitätsmanagement als auch die Einfüh-
rung des E-Governments angesagt.

Bürgerbeteiligung

Hier hat sich in der letzten Wahlperiode mit der Einführung des
Agenda-Prozesses sehr viel getan. Diese neue Beteiligungsform
der BürgerInnen an kommunalen Entscheidungen - unabhängig
davon, ob sie einem Gremium angehören oder nicht - wurde von
vielen angenommen und erzielte vorzeigbare Resultate. Dieses
Prinzip der Bürgerbeteiligung gilt es fortzusetzen und auszuwei-
ten.

Bei „problematischen“ Stadtteilen wie teilweise der Fasanerie,
bei denen die klassische Sozialarbeit an ihre Grenzen stößt,
können die aktuell sichtbaren Probleme nur kooperativ zusam-
men mit den Bürgerinnen und Bürgern gelöst werden und nicht
mehr im Sinne einer klassischen Stellvertreterpolitik. Hier gilt
es soziale Räume zu schaffen, in denen Kommunalpolitiker, Ver-
waltung, Sozialarbeiter und Bürgerinnen und Bürger gemein-
sam bestehende Probleme anpacken. Die Beteiligung der Bürger
ist keine Konkurrenz zur Verwaltung, sondern eine Bereicherung
der Kommunalpolitik.

Nach wie vor haben einige andere Fraktionen Probleme mit
der Einrichtung eines echten Jugendgemeinderates - vor allem
damit, diesem Beirat auch finanzielle Entscheidungen in ange-
messenen Umfang zu überlassen. Wir akzeptieren den berech-
tigten Wunsch der Jugendlichen, ernst genommen und bei
jugendspezifischen Themen beteiligt zu werden, sowie die Mög-
lichkeit zu erhalten, selbst in eigener Verantwortung etwas zu

**Ihre SPD-Kandidaten:
Wofür sie eintreten - was sie wollen.**

entscheiden und auf die Beine zu stellen.

Da der Anteil der älteren BürgerInnen weiter ansteigt und die
älteren MitbürgerInnen über einen immer längeren Zeitraum
aktiv am kommunalen Geschehen teilnehmen werden, sollte
auch der Seniorenbeirat als deren Vertretung weitergeführt
werden. Er sollte allerdings mehr sein als nur der Organisator
von Reisen und anderen gesellschaftlichen Veranstaltungen und
dem Gemeinderat die Probleme der Älteren aufzeigen.

Die Ortsteilbeiräte in ihrer jetzigen Form empfinden wir als
überflüssig. Es hat keinen Sinn, lediglich die Beschlüsse des
Gemeinderates zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Dafür
lohnt sich der Aufwand nicht, weder die Zeit der Mitglieder
des Gremiums noch die der Bediensteten der Stadt, die diese
Sitzungen vorbereiten und nachbereiten müssen. Wenn man
unbedingt nach wie vor Stadtteilbezogene Gremien für notwen-
dig erachtet, dann sollte man das Instrument der Ortschaftsräte
mit echten Entscheidungsbefugnissen prüfen.

Den Einsatz neuer Medien sehen wir als Chance, die Beteiligung
der Bürger zu erhöhen. Hier bietet sich auch die Möglichkeit,
die Meinungen, Wünsche und Vorschläge aller interessierten
Bürger auf elektronischem Weg entgegenzunehmen. Dies
könnte die Beteiligung erhöhen - zumindest der jüngeren, im
Umgang mit den neuen Medien geübten Generation.

Gremienarbeit

Wir wollen die Arbeitsweise des Gemeinderats und der von ihm
eingesetzten Ausschüsse und Beiräte so effizient wie möglich
gestalten. Hier sind wir für neue Formen offen, die eine kon-
struktive und effiziente Arbeit in diesen Gremien ermöglichen.

Die Arbeit im Gemeinderat selbst sollte wieder konstruktiver
und effektiver werden - nach den Erfahrungen der letzten
beiden Jahre sind hierzu vertrauensbildende Maßnahmen (z. B.
Klausurtagung) in diesem Gremium angezeigt. Wir appellieren
insbesondere an die größte Fraktion im alten Gemeinderat, von
der Konfrontation mit dem neuen OB zur konstruktiven Arbeit
im neuen Gemeinderat zu finden. Unsere Fraktion ist zur frakti-
onsübergreifenden Zusammenarbeit bereit, wie wir in der letz-
ten Wahlperiode durch fraktionsübergreifende Anträge z.B. zum
Jugendbeirat und zur Umformung des VZP bewiesen haben.

Beschließende Ausschüsse können den Gemeinderat dahinge-
hend entlasten, dass er sich auf seine Kernaufgaben konzentrie-
ren kann und diesbezüglich Freiräume erhält. Generell gilt es,
die Art und Weise, in der viele Tagesordnungspunkte in meh-
reren verschiedenen Ausschüssen vorberaten werden, ehe sie
abschließend im Gemeinderat zur Entscheidung anstehen, kri-
tisch zu überdenken. Es ist zwar gut, möglichst viele Meinungen

Günther Lippert
31



Günther Lippert
Diamantweg 6

40 Jahre, verheiratet, 1 Kind,
leitender Verwaltungsangestellter
beim Englischen Institut in Heidelberg.

Meine Interessensgebiete:
Jugend und Soziales.

Im Gemeinderat möchte ich mich
besonderes dafür einsetzen, dass die
Kommunikation mit allen von Ent-
scheidungen betroffenen Personen
und Gruppen intensiviert wird.



Hans-Dieter von Hirsch
30

Hans-Dieter von Hirsch
Ortsstraße 7

52 Jahre, in Heidelberg geboren, Gym-
nasium in Heidelberg, Studium der
Geographie und der Betriebswirt-
schaftslehre in Mannheim.

Langjährige Tätigkeit als wissenschaft-
licher Mitarbeiter beim Institut für
Umweltstudien Weisser & Ness GmbH
in HD und bei der Kommunalen Akti-
onsgemeinschaft zur Bekämpfung der
Schnakenplage e. V. in LU.
Gegenwärtig mit einer wissenschaftli-
chen Arbeit an der Uni Mannheim und
als Gutachter für Umwelt- und Pla-
nungsfragen selbstständig tätig.

Tobias Dreher
32



Tobias Dreher
Höhenstraße 13

Dipl.Ing. (FH) Landschaftsarchitektur
Seit Juni 2003 in der Bauleitung der
Landesgartenschau Kehl-Strasbourg
im Jahr 2004.

„Ich möchte mehr Sachverstand und
neue Ideen in die Stadtentwicklung
von Leimen einbringen, um eine
höhere Lebensqualität für die
Gemeinde zu erreichen.“



1

Günter Jundt
Marktgasse 5



2

Karl-Heinz Wagner
Comeniusstraße 47



3

Laszlo Rajki
Feilgasse 24

zu hören, aber sehr ermüdend, immer wieder dieselben zu hören. Daher sollte auch die Struktur der Ausschüsse des Gemeinderats kritisch überdacht werden und ihre Anzahl ggfs. reduziert werden.

Dezentrale Ressourcenverantwortung

Die eingeführte dezentrale Verantwortung für Budgets und Ressourcen und die eigenverantwortliche Entscheidung möglichst vieler Mitarbeiter an der Basis hat sich z.B. im Bereich der Eigenbetriebe bewährt.

Das Modell der dezentralen Ressourcenverantwortung sollte nun konsequent auf möglichst alle wirtschaftlich orientierten Aufgabenbereiche der Verwaltung angewandt werden. Dort sind die Leistungen betriebswirtschaftlich bewertbar oder aber variabel gestaltbar. Ob es auch im hoheitlichen Bereich, wie dem Standesamt oder Grundbuchamt, wo die zu erbringenden Leistungen von Gesetz wegen vorgeschrieben sind und den Bediensteten keine Gestaltungsspielräume bleiben, anwendbar ist, sollten wir unvoreingenommen untersuchen.

Leistungsanreize

Wir wollen durch neue Formen der Entlohnung und andere Vergünstigungen zu besonderen Leistungen anreizen, die ein verstärkt wirtschaftliches und kundenorientiertes Arbeiten unserer Verwaltung nach sich ziehen. Es ist klar, dass der gegenwärtige BAT-Tarifvertrag und das Beamtenrecht einer solchen Ausrichtung manchen Stein in den Weg legt, dennoch sollte wir alle schon jetzt erlaubten Möglichkeiten ausschöpfen, die Regelungen extensiv auslegen und seine Phantasie einsetzen.

Leistungsanreize könnten z.B. so gestaltet sein, dass in einem Aufgabenbereich Zulagen bezahlt werden, die sich am Globalbudget bemessen. In Bereichen, in denen besonders sparsam gewirtschaftet wird, fallen die Zulagen besonders hoch aus. Auch könnten Leistungsanreize nicht nur in Geld, sondern auch in zusätzlicher Freizeit oder Urlaub bestehen, wobei die Alternativen vom Mitarbeiter wählbar sein sollten.

Und auch die (kostenlosen) Leistungsanreize sollten nicht vergessen werden - die Motivation der MitarbeiterInnen durch ihre Vorgesetzten. Ein kooperativer nicht auf Anweisungen, sondern auf Überzeugung beruhender Führungsstil und Anerkennung der Arbeit durch die Vorgesetzten sind hier zu nennen. Dieser mit dem neuen OB Wolfgang Ernst um sich greifende Führungsstil muss konsequent von allen Dienstvorgesetzten angewandt werden.

Die Einführung der 10 Euro Praxisgebühr ist ein Produkt der CDU

Dass sich über die Praxisgebühr die Patienten, Hausärzte und Arzthelferinnen ärgern ist verständlich. Sie sind letztendlich die Leidtragenden der Gesundheitsreform, die von der SPD so niemals vorgesehen war. Zur Erinnerung: Das von der Bundesregierung eingebrachte Gesetz sah die Praxisgebühr nur beim direkten Gang zum Facharzt vor. Wer zuerst den Hausarzt konsultierte, sollte weder dort noch bei einer Überweisung zum Facharzt ein Praxisgebühr entrichten. Der Hausarzt sollte quasi als Lotse fungieren, damit unnötige Doppeluntersuchungen vermieden werden. Vorgesehen war auch, dass beim Gang zum Frauenarzt, Augenarzt, ja sogar zum Psychotherapeuten keine Praxisgebühr entrichtet werden sollte. Weitere Ausnahmen für chronisch Kranke und Patienten, die an integrierten Versorgungsprogrammen teilnehmen, waren geplant. Von Anfang an wurden von den Ärzteorganisationen - mit Ausnahme der Verbände der Hausärzte - diese Maßnahmen scharf bekämpft. Die Lobby der Fachärzte haben massiv auf CDU und CSU eingewirkt, so dass im Dezember 2003 unter Zeitdruck im Vermittlungsausschuss des Bundesrates ein Gesetz herauskam, mit dem niemand zufrieden ist. Trotz allem gibt es einen Lichtblick. So haben AOK, BEK, DAK und Techniker Krankenkasse angekündigt, das Hausarztmodell für alle Versicherten in den nächsten Monaten einzuführen. Die Kassen verzichten auf die Praxisgebühr, wenn der Patient sich verpflichtet vor Inanspruchnahme des Facharztes immer zuerst den Hausarzt konsultiert.

Bundesregierung führt zur Sicherung der Renten den Nachhaltigkeitsfaktor ein

Die Deutschen werden immer älter bei gleichzeitig sinkender Geburtenrate. Das bedeutet: Es müssen weniger Beitragszahler für immer mehr Rentner aufkommen. Gleichzeitig müssen die Renten für einen immer längeren Zeitraum gezahlt werden. So betrug im Jahr 1960 die durchschnittliche Rentenbezugsdauer 10 Jahre, im Jahr 2002 waren es bereits 17 Jahre. Hinzu kommt, dass die Wiedervereinigung von der Kohl Regierung zum Großteil durch Plünderung der Sozialkassen finanziert wurde. Während Norbert Blüm 1984 den Slogan „Eins ist sicher, die Rente“ bundesweit groß plakatieren ließ, warnte schon damals der



4

Wolfgang Krauth
Troppauer Weg 6



5

Dietrich Unverfehrt
Anton Bruckner Straße 8



6

Dr. Peter Sandner
Panoramastraße 20b

CDU-Politiker und spätere Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Kurt Biedenkopf, vor dem Abschmelzen der Rentenkassen. Die Auszahlung der Renten tragen durch den Generationenvertrag, die jetzigen Beitragszahler. Weil das aber bereits jetzt schon nicht reicht, wird der Fehlbetrag über die Öko-Steuer gedeckt. Eine weitere Erhöhung des Rentenversicherungsbeitrages von derzeit 19,5 % wäre für die Wirtschaftsentwicklung schädlich. Deshalb hat der Bundestag das Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz beschlossen.

Die Rentner tragen ab dem 1. April 2004 den vollen Beitrag von 1,7 % zur Pflegeversicherung. Die jährliche Rentenanpassung entfällt zum 1. Juli 2004 einmalig. In den nächsten Jahren erfolgt die Rentenanpassung wie gewohnt. Durch den Nachhaltigkeitsfaktor soll künftig jedoch auch das zahlenmäßige Verhältnis der Beitragszahlenden zu den Rentenbeziehenden die Höhe der Anpassung mitbestimmen. Im Nachhaltigkeitsgesetz ist festgelegt, dass die Rente (abzüglich der Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung) bis 2020 nicht unter 46 % und bis 2030 nicht unter 43 % des durchschnittlichen Bruttoeinkommens absinken darf. Im Jahr 2005 liegt das so berechnete Niveau bei 51,5 %. Durch Einführung der staatlich geförderten Zusatzversorgung (Riester-Rente) einschließlich der Stärkung der betrieblichen Altersversorgung ist es möglich, das Versicherten bereits jetzt für das Alter entscheidend vorzusingen können, so dass sie bei Eintritt in den Ruhestand ihren Lebensstandard halten können.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Ortsvereine Leimen und St. Ilgen
V.i.S.d.P.: Dr. Peter Sandner, Panoramastr. 20b,
69181 Leimen

Redaktion: Brigitte Balzer, Marliese und Nicole Kübler,
Annette Weißbecher, Hans-Joachim Buchholz, Tobias
Dreher, Wolfgang Krauth, Dr. Peter Sandner, Dietrich
Unverfehrt, Karl-Heinz Wagner

Auflage: 12.000 Stück

Lay-Out: Martin Mohring, Alexander Lucas

Druck: WDS Uwe Schneider, Meckesheim-Mönchzell

Die Leimener SPD im Internet:

www.SPD-Leimen.de



Steuerkonzepte von CDU, CSU und FDP zerplatzen wie Seifenblasen

Völlig unrealistisch, nicht finanzierbar und zukunftsweisend - zu diesem Ergebnis kommt der einstimmig beschlossene Bericht der Finanzministerkonferenz vom 26. Februar 2004. Alle vollmundigen Ankündigungen der Unionsparteien und FDP zerplatzen, weil nicht durch- und finanzierbar, beim genauen nachrechnen wie Seifenblasen. Dauerhaft führen ihre Steuermodelle zu milliardenschweren Einnahmeausfällen für die öffentlichen Haushalte. Weder für den Bund, noch für die Bundesländer oder die Gemeinden sind die Steuerausfälle verkraftbar. Schon heute haben Kommunen, wie die Stadt Leimen, größte Schwierigkeiten ausgeglichene Haushalte auszuweisen. Die höchsten Steuermindereinnahmen entstünden beim CDU-Modell mit 25,3 Mrd. Euro, gefolgt von der FDP mit 14,5 Mrd. Euro und von der CSU mit 12,7 Mrd. Euro. Auch das gemeinsame Steuerkonzept der Unionsparteien vom März 2004 stellt mit seinen Steuerausfällen von 16 Mrd. Euro keine geeignete Grundlage für eine große Steuerreform dar. Mit mehr als 30 Ausnahmebeständen bleibt das Steuerrecht weiterhin kompliziert. Der Spitzensteuersatz wird doppelt so stark abgesenkt wie der Eingangssteuersatz, dafür entfallen nach und nach Arbeitnehmervergünstigungen. Wie gut, dass die nächste Stufe der Steuerreform, verabschiedet von SPD und Grünen, am 1. Januar 2005 in Kraft treten wird. Seriös finanziert, von der in erster Linie private Haushalte, Familien, kleine und mittlere Unternehmen profitieren werden. Insgesamt werden die Bürger dann um weitere 6,5 Mrd. Euro entlastet.